

Die zweite Reichskonferenz liberaler Arbeiter und Angestellter in Halle.

(Fortsetzung.)

Lebhafte Aussprache rief am Sonnabend der Antrag der Ortsgruppe Gölitz hervor, beim geschäftsführenden Ausschuß der Partei mehr als bisher in energischer Weise die Nominierung von Arbeiterkandidaten bei politischen Wahlen zu verlangen. Wenn bisher wenige solcher Kandidaturen zu verzeichnen waren, so wurde ausgeführt, treffe die Parteileitung keine Schuld, weil die liberalen Arbeiter bisher geschlafen und sich nicht genügend gerührt hätten.

Abgeordneter Dr. W i e m e r beteiligte sich an der Aussprache und dankte zunächst dem Reichsverein für die Unterstützung, die er bei verschiedenen Wahlen der gesamtliberalen Sache geleistet habe. Was die Benennung des Reichsvereins zum Zentralausschuß und geschäftsführenden Ausschuß der Partei anbelangt, so wird die fortschrittliche Volkspartei zu prüfen haben, ob und wie durch eine Veränderung des Organisationsstatuts den Wünschen der Arbeiter entgegengekommen werden kann. Was der Wunsch auf größere Beteiligung von Arbeiterkandidaten anbelangt, so kann ich namens der Parteileitung der fortschrittlichen Volkspartei aussprechen, daß wir diesen Wunsch als vollauf berechtigt betrachten und ihm volle Unterstützung leisten (Reicher Beifall). Aber mit dem hohen Wunsche und der Unterstützung durch die Parteileitung ist es nicht getan. Die einzelnen Wahlkreise müssen auch die Gewähr haben, daß mit solchen Kandidaten auch Erfolge erzielt werden können. Es ist nicht möglich, wenn bisher in weitgehendem Maße Arbeiterkandidaten noch nicht aufgestellt wurden, sondern das lag eben in den Verhältnissen begründet. Für die Zentrale der Partei aber kann ich die feste Erklärung abgeben, daß wir nach wie vor mit allem Nachdruck die Arbeiterkandidaten fördern werden, jederzeit den Reichsverein zu unterstützen. Das Beispiel des Reichsvereins hinsichtlich der Opferwilligkeit seiner Mitglieder ist ein gutes Beispiel für die Parteiorganisationen im Lande, solchen Tun zu folgen. Fragen Sie das Banner der Opferwilligkeit weiter. Die anderen werden ihnen folgen und des Dankes der Gesamtpartei dürfen Sie gewiß sein.

Eine Resolution H a l t e n b e r g -Düsseldorf: „Der Delegiertentag hält die Schaffung von Tätigkeitsausschüssen für die einzelnen Bezirke des Reichsvereins und die Abhaltung von Bezirksversammlungen für notwendig. Grundmäßig sind die Kosten für diese Kommissionen und Tagungen von den Bezirken aufzubringen, doch wird der Vorstand ermächtigt, aus der Hauptkasse Zuschüsse zu leisten“ wurde angenommen. Das Verlangen der Ortsgruppen Berlin und Eisen wurde zur Schaffung eines Kommunalprogramms, wurde zurückgewiesen, weil es augenblicklich, nachdem der Reichsverein kaum begründet ist, unmaßig erscheint, sich jetzt schon mit Kommunalpolitik zu beschäftigen. Dagegen wurde folgende Resolution Magdeburg angenommen: Neben der Vorbereitung der Reichs- und Landtagswahlen ist überall ein Gedanke auf die Mitarbeit der Ortsgruppen und ihrer Mitglieder in der Gemeindepolitik zu legen. Der Hauptort: Land hat nähere Anleitungen zu veranlassen.

Herr Landtagsabgeordneter D e l i u s legte den Standpunkt der fortschrittlichen Volkspartei bezüglich der Staatsarbeiterfrage dar. Die fortschrittliche Volkspartei hatte im Abgeordnetenhaus einen Antrag eingebracht, das Arbeitsrecht der Staatsarbeiter zu regeln. Die staatlichen Betriebe sollen Mutterbetriebe in jeder Hinsicht sein. Die Partei wird den Antrag, der durch die Schließung des Abgeordnetenhauses erledigt war, von neuem eindringen und auf seine Erledigung drängen.

Herr Reichs- und Landtagsabgeordneter W e i n h a u s e n betont, daß auch die Reichstagsfraktion der Partei sich die Sache recht angelegen sein läßt. In einer gemeinsamen Konferenz der verschiedenen Arbeiterkreise ist ein längerer Antrag besprochen worden, der sich mit der reichsgesetzlichen Regelung des Arbeiterrechts beschäftigt. Infolge einer schlechten Formulierung ist der Antrag abgelehnt worden. Die Reichstagsfraktion wird unter anderer Formulierung den Antrag erneut einbringen. Man muß dem Staats- und Reichsarbeiter die Gewißheit geben, daß seine Arbeitsstelle eine gesicherte ist. Man kann verlangen, daß allen Staatsarbeitern nach zehnjähriger Arbeitszeit nicht ohne weiteres der Dienst aus den nichtigen Ursachen aufgekündigt werden kann.

Eine große Reihe von Anträgen, die sich mit dem inneren Ausbau des Reichsvereins liberaler Arbeiter und Angestellter beschäftigen, wurden dem Hauptvorstand als Material überwiehen.

Zum Vorhinein des Reichsvereins der Liberalen wurde mit großer Mehrheit Herr T i s c h e n d ö r f e r -Berlin wiedergewählt. Die übrigen Mitglieder des Hauptvorstandes wurden durch Zuruf wiedergewählt und ihnen das Recht der Koalition gegeben.

Sonntag, gegen 1/11 Uhr vormittags, wurde auf der Beiratsbank durch den Vorsitzenden des Reichsvereins der liberalen Arbeiter und Angestellten, Herrn T i s c h e n d ö r f e r -Berlin, die

zweite Reichskonferenz liberaler Arbeiter und Angestellter eröffnet.

Herr Tischen-dörffer wies darauf hin, daß der Reichsverein der liberalen Arbeiter und Angestellten, der auf Beschluß der 1. Reichskonferenz in Leipzig begründet ist, rüftig vorwärts schreitet und lebhaft tätig ist; er wies hin auf die große Opferwilligkeit der Mitglieder und spricht die Hoffnung aus, daß solche Opferfreudigkeit bald in den Parteiorganisationen nachahmung finden möchten. Sodann begrüßt er die erschienenen Reichs- und Landtagsabgeordneten Herren K o p f s c h, S i w o w i c h, Dr. W e n d e r s d o r f und D e l i u s, sowie Herrn B r a u n, ein Mitglied der erglöhigen, in Straß-Dunderhofen Sinne organisierten Metallarbeiter. Herr Braun dankte in englischer Sprache für solche Begrüßung. Aus Deutsche überließ wurden seine Ausführungen durch Herrn E r e l e n z.

Herr Reichsanwalt W. H e r z f e l d begrüßte namens des provinziellen Ausschusses, des Bezirksverbandes Halle und des Reichsvereins der fortschrittlichen Volkspartei die zweite Reichskonferenz in der Salz- und Saalestadt Halle mit dem Wunsche: es möge der Tagung ein guter Erfolg

beflehen sein und es möchten die Teilnehmer nur gute Erinnerungen von Halle mit nach ihrer Heimat nehmen.

Dem deutschen Arbeiterpartei tag in D e s t e r z e i c h, der zu gleicher Zeit tagte, wurde ein Begrüßungs-telegramm gesandt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde von der Reichskonferenz folgende Resolution über das

neue Patentrecht

angenommen: „Die zweite Reichskonferenz der liberalen Arbeiter und Angestellten begrüßt den Grundgedanken des Patentrechts zur Abänderung der deutschen Patentrechtsgebung als einen Sieg der sozialliberalen Betrachtungsweise der sozialen Frage. Bei der Erfindung ist der Geist und Eifer des Erfinders ein wichtiger Bestandteil als die Hergabe der Mittel. Entsprechend dieser Tatsache muß die Gesetzgebung die Persönlichkeit des Erfinders schützen vor der Übermacht des Kapitalbesitzers. Es verdient Anerkennung, daß durch Gesetz der Erfinder selbst, nicht wie bisher der Almedler der Eigentümer des Patents werden soll.“

Die Reichskonferenz erachtet indessen die Beseitigung zahlreicher Halbheiten in den Einzelheiten des Patentrechts unerlässlich. Insbesondere ist eine erhebliche weitergehende Durchdringung der Vertragsfreiheit erforderlich, wie die die Gewerkschaften der leidigen Angestellten seit vielen Jahren fordern.

Herr würktemb. Landtagsabgeordneter F i s c h e r hielt hierauf einen einfindigen Vortrag über: „Politische und kulturelle Aufgaben des Liberalismus.“

1. Der Liberalismus muß Volksbewußtsein, Staatsgefühl, soziale und nationale Verantwortlichkeit in alle Schichten des Volkes tragen. Aus Untertanen wollende und schaffensfreudige Bürger zu machen, ist die Voraussetzung wirklichen politischen Erfolges.

2. Der Staat muß aus einer Angelegenheit der Fürsten zur Volksfrage werden. Es ist liberale Aufgabe, alles zu beseitigen, was einem demokratischen Aufbau der Nation im Wege liegt.

3. Innerpolitisch muß das Ziel des Liberalismus bleiben, unter Berücksichtigung des geschichtlich gegebenen, dem baulichen Baue einen maßgebenden Einfluß auf die Bestimmung seiner Geschichte zu verschaffen. Steigende Leistungen wirtschaftlich und finanziell bedingen fortschreitende Selbstverwaltung und Finanzregierung.

4. Außerpolitisch ist es Pflicht und Recht der deutschen Nation, den Platz und Einfluß und die wirtschaftlichen Beziehungen zu sichern und zu behaupten, die sie zu ihrer Selbstentfaltung braucht und die ihr die Möglichkeit kulturfördernder Arbeit in zurückgebliebenen Ländern verschafft. Das soll erstrebt werden in erster Linie mit Mitteln der Kultur und nicht nur mit roher Gewalt.

5. Um das zu erreichen ist notwendig: a) vom Staat: die reichhaltige Durchführung der im Programm der Fortschrittlichen Volkspartei formulierten Forderungen. b) von den Trägern des Liberalismus: eine planmäßige und umfassende Arbeit im Sinne und Geiste dieses Programms und unter allen Kreisen des Volkes.

6. In den Kreis dieser Arbeit gehört alles hinein, was einer Steigerung der geistigen und materiellen Kultur der breiten Volksmasse dienlich ist. Deutschlands große politische und wirtschaftliche Entwicklung steht auf tonernen Füßen, wenn sie nicht geboren ist von Versehen, Können, Wissen und Willen seines Millionenvolkes. Volksbildung und Wohlfahrtspflege, Berufsbildung und Sozialpolitik sind Voraussetzung und Konsequenz eines tiefgehenden Liberalismus.

7. Zweck all dieser Arbeit muß sein: Die Steigerung der Wohlfahrt und Befestigung des Volkes im Ganzen und jedes einzelnen Gliedes. Das ist dann auch der beste Beitrag, den Deutschland zur Menschheitskultur leisten kann und es weist zugleich den einzelnen Volksgenossen mit seiner Arbeit und seinem Hoffen ein, in die ewige Kette menschlichen Werdens und geschichtlicher Verantwortung, gegenüber welcher jede Periode und jede Generation ihren besonderen Einfluß zu leisten hat.

Der Redner schloß mit den Worten: „Wir müssen arbeiten, nicht um ein Kapital zu erwerben, sondern um dieses in den Dienst der Kultur zu stellen. Wir müssen trachten, Kräfte frei zu machen, damit dieses Getriebe nicht stille steht, wir brauchen Menschen, die wetten und wagen, um die menschliche Entwicklung zu steigern. Nicht die Konventionen können dies erreichen, nicht das Zentrum mit seiner konfessionellen Abgeschlossenheit, nicht die Sozialdemokratie und der Bund der Landwirte mit ihrem Klassenstempel und ihrer Vertretung der Sonderinteressen. Das kann einzig und allein der Liberalismus, wenn er bereit ist, die Aufgabe zu ergreifen, nicht allein den Menschen nach außen hin, sondern auch innen den Menschen frei zu machen. Wir leben nicht für uns und unsere Aufgabe, sondern wir haben Werte zu schaffen für alle Zukunft. Deshalb haben wir Recht, wenn wir eine Geschichte der menschlichen Entwicklung auf uns nehmen.“ Beifall wurde dem Redner zuteil.

Ein recht interessantes Kollek. von Herr Privatdozent Dr. F r a n z D o p p e n h e i m e r -Berlin über

Großgrundbesitz und soziale Frage.

Arbeiter und Angestellte vereint im Liberalismus — das erachtet gewissen Leuten unbegreiflich, denn nach deren Meinung sind beides unvergängliche Gegensätze. Nach diesen Leuten müßte es eine Ehrenpflicht aller Arbeiter und Angestellten sein, nur bei der antifeudalen und antimilitaristischen und antimilitarisch gefonnenen Sozialdemokratie Einfluß zu halten und Anschlag zu suchen. Und doch stützt sich die Sozialdemokratie auf den Liberalismus und baut sich auf ihn auf. Ist nicht August Bebel, der ungetrübte König der Menschheit ebendort liberal gewesen ebe er der Marshall Vorwärts der Sozialdemokratie wurde? War es wirklich nur Irrtum und Verblendung, was ihn unter das rote Banner führte? Wenn wir das glauben wollten, so wären wir nicht liberal. Es gibt aber nicht nur einen Liberalismus, sondern zwei, wie es zweierlei Arten von Patriotismus und zweierlei Arten von Christentum gibt: das wahre

und das falsche Christentum. Das Wahre vom Falschen müssen wir unterscheiden können. Die Konventionen sagen ja auch, sie treten ein für Recht und Freiheit, gewiß, für Jagdrecht und Steuerfreiheit. Was reaktionär ist, geht nach rechts, was übrig bleibt erinnert sich jetzt wieder immer deutlicher seiner politischen Aufgaben. Es wird und muß auf der Linken allmählich zu einer Annäherung kommen, das bedingt die gesamte politische und wirtschaftspolitische Entwicklung. Die Arbeiterkraft in der Sozialdemokratie hat ansehen gelernt, doch es mit dem Zukunftsaussicht sein; daß er ihr nicht eines Donnerstags in den Schoß fallen wird. Der Liberalismus ist mehr und mehr sozialliberal geworden, während sich die Sozialdemokratie in ihren Mitteln liberalisiert. Genossenschaft, Gewerkschaft, freie Schule, Volkshochschule, das alles sind liberale Ideen, mit denen heute die Sozialdemokratie operiert. Liberalismus und Sozialismus sind keine Gegensätze — man sollte überall den Mut haben das auszusprechen — sondern an ihm für sich daselbe, beide sind auf dem Wege der Entzweiung der Freiheit; auch der Redner beschäftigte sich eingehend mit der Marx'schen Kapitaltheorie. Kapital besteht nicht aus Dingen, sondern entpringt einem gesellschaftlichen Verhältnis. Ein solches Verhältnis kann nur bestehen, wenn der Kapitalist auf dem Werte eines freien Arbeit findet. Freilich muß der Arbeiter in zweierlei Hinsicht sein: 1. politisch frei und 2. frei in wirtschaftlicher Hinsicht. Der natte kapitallose Arbeiter ist die Bedingung des Verhältnisses. Gibt es keinen solchen Arbeiter, dann gibt es keinen Mehrwert, keinen kapitalistischen Profit. Herr Dr. Oppenheimer demonstriert die Herkunft des freien Arbeiters und zeigt wie besonders das platte Land die Reserve der freien Arbeiterschaft, wie solche vom Kapital gebraucht werden, ständig aufkauft. Marx gibt die Schuld dem landw. Kapital. Dieses ist an den Verhältnissen durchaus unschuldig. Nicht die Betriebsform ist Ursache der Umwandlung, sondern die Eigentumsform.

Der Großgrundbesitz ist die Ursache des Kapitalismus.

Professor Sombart hat die Formel zwar abzuwachen versucht, es ist ihm aber nicht gelungen. Von den 54 Millionen Hektar des Deutschen Reiches sind etwa 22-24 Millionen Hektar Ackerland. Bei einer landwirtschaftlichen Bevölkerung von 17 Millionen, wobei 9/10 Millionen landlose landwirtschaftliche Arbeiter einbezogen sind, hätten Ackerland und Boden gleichmäßig und in mittelmäßiger Weise verteilt wäre. Auf den Kopf der Bevölkerung genügt, um immerhin anständig leben zu können 1 Hektar. Bei 17 Millionen landwirtschaftlicher Bevölkerung ist also ein Vorrat vorhanden, doppelt so groß als das Bedürfnis ist. Ueber diesen Vorrat hat der Großgrundbesitz die Sperrverhängt, hat sich so

der Großgrundbesitz ein Klassenmonopol

geschaffen. In allererster Linie muß dafür Sorge werden, daß diese Bodenreserve, die man rechtlich Großgrundbesitz nennt, besetzt wird, mit allen Mitteln, privaten wie öffentlichen muß man auf dieses Ziel hinarbeiten. Zunächst gibt es nur ein Mittel hierfür, eine Forderung, die wichtiger als alle anderen Programmforderungen ist, das Verlangen nach einer tiefgreifenden

inneren Kolonisation.

Haben wir diese durchgeführt und dazu den Landarbeitern die Koalitionsfreiheit, der Gesamtheit ein freies Wahlrecht gegeben, dann kommen wir der alten preußischen Forderung „Jedem das Seine“ nach, dann baut sich auf vor unseren Augen ein Zukunftsstaat auf, aber nicht nach sozialdemokratischer Idee, in dem der Dumme den Klugen, der Schwache den Starken, der Faulle den Fleißigen ausbeutet. Ein Zukunftsstaat, in dem der Kommunismus regiert, muß alles zerstören.

Mein Zukunftsstaat

Ist der Staat der freien Konkurrenz, ohne Monopol, ohne Privilegienwirtschaft, denn die Wirkung von Privileg und Monopol ist, wie wir das heute alle Tage nachweisen können, die, daß der Starke den Schwachen ausbeutet. Ein Zukunftsstaat nach meinem Vorschlage kennt keine herabgesetzte Ausbeutung, in ihm würde sich der Wohlstand der Menschheit heben. Erreichen können wir dies dadurch, daß wir mit dem letzten Reste des feudalistischen Brechen, die Junker austauschen an ihre Stelle Bauern legen, Bauern legen, wie Ruemann sagt, bis zur russischen Grenze. Das ist die wichtigste Aufgabe des Liberalismus und wenn sie gelungen, dann werden sich die beiden Parteien fragen: Was hat uns getrennt? Dann werden wir aber auch sagen dürfen:

Genährt wird einst das menschliche Geschlecht Mit Freiheit werden und getränkt mit Recht

Stürmischer, langanhaltender Beifall lohnte die oft mit beifühendem Spott begleitete, oft mit goldigen Humor vorgetragenen Gedanken. — Nach einer einfindigen Mittagspause legte die Aussprache über das Gehörte ein. Als erster Redner nahm ein Mann der Praxis,

Herr Reichstagsabgeordneter Dr. Wendorf,

das Wort. Selbst Großgrundbesitzer erklärte er, vor dem Herrn Referenten überzeugt worden zu sein, mit ihm die bedeutsame Frage der inneren Kolonisation ebenso hoch schätze und ihre Lösung für unerlässlich halte. Wenn ich, so sagt Herr Dr. Wendorf, auch über das Ziel eines dies, so hege ich doch Zweifel über die Art der Erreichung dieses Zieles. Ich weiß aus eigener Anschauung, wie verheerend die Landflucht wirkt und wie darunter die Volkswirtschaft im Ganzen und die Landwirtschaft im Speziellen leidet. Etwas muß geschehen, wenn die Landeskulturlastigkeiten nicht leiden und die Produktion der eigenen Scholle gehoben werden soll. Was das? Mit allen Mitteln, sage ich mit dem Referenten, aber mit

Ausnahme und Entzweiung.

Das wird aber schließlich auch gar nicht notwendig sein. Wir brauchen die Entzweiung nicht, sondern nur die rechtliche Bevorzugung des Großgrundbesitzes zu beseitigen um die Gleichberechtigung der landwirtschaftlichen Arbeiter aufzuheben. Auf dem Gebiet der Selbstverwaltung ist der landwirtschaftliche Arbeiter lediglich Objekt der Verwaltung. Die Ausnahme-

lung des landwirtschaftlichen Arbeiters durch die verschiedenen, der heutigen Zeit nicht entsprechenden Bestimmungen, die wie ein Ausnahmegesetz wirken, muß beseitigt werden.

Wesentlich ist die Befreiung der wirtschaftlichen Monopolstellung des Großgrundbesitzes, die in der Ausnahmegestaltung der Fideikommissse zu finden ist. Dieser muß durch die Gesetzgebung eingegriffen werden, um eine Eingrenzung zu verhüten. Während die landwirtschaftliche Bevölkerung mehr und mehr zurückgeht, wird die freie Arbeit durch die Fideikommissbildung in ungeheuren Verhältnissen immer größer. In dieser Beziehung hat der Reichstag, der eine Einschränkung solcher Handhabung fordert, wenigstens einen formellen Erfolg gehabt. Fraglich ist es, ob der Bundesrat zustimmt. Der Mann, der das Wort von den „gottgewollten Abhängigkeiten“ geprägt hat und der bei gewissen Leuten als Folge der Dreiflasseneinteilung um gut Weiter bitten muß, wird gegen die Monopolbefreiung nicht vorgehen wollen.

Der Staat als größter Grundbesitzer muß auf dem Gebiet der inneren Kolonisation zuerst vorgehen. Wenn die Domanen kaum die Verzinsung des Gebäudekapitals tragen, dann muß man das unrentable Wirtschaften nennen. Ich bin nicht der Meinung, daß sich der Landwirtschaftliche Betrieb zur Genossenschaft eignet. Ob mit oder ohne Sozialdemokratie, muß sich bei uns mehr und mehr die Entstehungselbst festigen, mit allen gesetzlichen Mitteln in eine durchgeführte innere Kolonisation zu fördern, damit Goethes Worte wahr werden:

Sich ein Gemwimmel möcht' ich sehen,
Auf freiem Grund mit freiem Volk zu stehen!

Gutsbesitzer Bedere-Partikularismen fordert gleichfalls zuallererst die Aufhebung der politischen Monopole des Großgrundbesitzes und dann großzügige Kolonisation. Auch der Anziehung von Arbeitern könnte er zustimmen, aber nur unter der Bedingung, daß die

Freiwilligkeit der Arbeiter

nicht verloren geht. Jeder ein Arbeiter ist frei ohne Scholle, als daß er mit eigener Scholle unfrei wird.

Nachdem noch verchiedene Redner sich zu dem aufgeworfenen Problem geäußert hatten, nahm Herr Dr. Oppenheimer im Schlusswort nochmals Gelegenheit, auf die Frage der inneren Kolonisation und in Verbindung damit auf die Frage der

ausländischen Wanderarbeiter

einzugehen. Die Reservoirs, aus denen der Großgrundbesitz seine Saisonarbeiter heranzieht, erschöpfen sich. Die Länder im Osten fangen an zu kolonisieren. Kanada hat in den letzten 5 Jahren 9 000 000 Hektar in Bauerland umgewandelt. Der großpolnische Adel, früher der Herz aller Untertanen gegen die Regierung, ist sehr ruhenlos geworden und bittet täglich Bäterden Jar, die Grenzen für Saisonarbeiter zu sperren, denn es steigen auch in Rußland die Löhne und die Rente vermindert sich. Rußland, das außerdem 7 bis 800 000 Menschen nach Kanada hat auswandern lassen, braucht nunmehr seine Leute selbst. Galizien wird auch nicht mehr lange seine Leute hergeben können. Bekommen wir aber keine Saisonarbeiter, dann ist unser Großgrundbesitz nicht mehr in der Lage, seine Ernten einzubringen und die Hypothekenzinsen zu bezahlen. Dann werden auch jene Leute nach Hilfe des Staates streifen und dann erst werden wieder Reformen kommen, wie die Stein- und Hardenbergschen, die nur möglich waren durch den Zusammenbruch des bankrotten Adels.

Dr. Franz Oppenheimer plädiert für Aufrechterhaltung der Reichs- und Reichsstände, denn die Partei, die für deren Beseitigung eintritt, übernimmt eine politische Verantwortung, die sie nicht zu tragen vermag. Gesetzliche- und Futtermittelstände müssen ermäßig werden.

Auch diesmal wieder schallte lauter Beifall durch das Haus. Angenommen wurden folgende Entschlüsse:

1. Die zweite Reichskonferenz sieht im Großgrundbesitz den größten Feind des sozialen Fortschritts. Gleichzeitig erachtet sie zur Verbesserung der gegenwärtigen Lage der Wanderarbeiter die Gewährung des vollen Koalitionsrechtes an die letzteren für unerlässlich.
2. Die Reichskonferenz liberaler Arbeiter und Angestellten sieht in dem ungehinderten Import des ausländischen Arbeiters einen Widerspruch gegen das 3. Zt. bestehende System des hohen Zollschutzes.

Die Reichskonferenz erachtet die geschiedenen Körperlichkeiten, vor allem die fortschrittliche Vertretung, mit allen Mitteln die ausländische Arbeiterkonkurrenz einzuschränken.

Der vorgeschrittenen Zeit wegen mußte das dritte Referat des Herrn Eitelzen von der Tagesordnung abgesetzt werden. So war man an den Schluss der Tagesordnung herangekommen. Herr Tischendorf konnte in seinen Schlussworten mit Recht betonen, daß die diesjährige Tagung die beste Verhandlung gewesen und sich würdig anderen politischen Tagungen zur Seite stellen kann, und das eine Beratung von Arbeitern. Mit Worten herzlichsten Dankes an die aus 74 Orten des Deutschen Reiches erschienenen rund 300 Teilnehmer der Reichskonferenz schloß er die Tagung. Unter dem Abfragen eines Freiheitsbundes gingen die Teilnehmer auseinander, um die nächsten Tage zur Heimfahrt zu benutzen. Die zweite Reichskonferenz aber wird bleiben ein Markstein auf dem Wege zur weiteren Liberalisierung des Volkes.

Emil Schwillig.

Kommers in der „Saalhofbrauerei“.

Der Begrüßungskommers, den die hiesige Fortschrittliche Volkspartei aus Anlaß der zweiten Reichskonferenz liberaler Arbeiter und Angestellten veranstaltete, fand am Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, in der „Saalhofbrauerei“ statt. Der große Saal war zu diesem Zwecke festlich ausgeschmückt, die Grollische Musikkapelle konzertierte und das wohlbesetzte hallische Männerquartett Nilius-Lau erfreute die Kommers Teilnehmer mit prächtigen Lieberovorträgen.

Herr Rechtsanwalt Herzfeld, Vorsitzender der hiesigen Fortschrittlichen Volkspartei, begrüßte die Gäste. Von frühesten Zeiten an, führte er aus, sei Halle eine Stadt der Arbeit gewesen, sie sei entstanden nicht durch eine Siedelung, um die Burg eines Ritters herum, sondern durch freie Arbeiter, die das Salz der Solquelle abgemann. Diese Genossenschaft der Schwitzer sei ein tugendliches Beispiel gewesen, das gegenüber den Fürsten und Ritters keine Rechte genötigt habe. Nachdem die Solquelle ihre überragende Bedeutung verlor, hat Halle einen neuen Aufschwung durch die Wissenschaft gewonnen. Und heute, nachdem die moderne Industrie in Halle festen Fuß gefaßt habe, vereint sie in sich in harmonischer Weise körperliche Arbeit und Intelligenz. So ist Halle immer gut freibüchlich gefimmt gewesen und nimmt gerade in neuester Zeit lebhaftes Interesse an Arbeit im Sinne des Fortschritts. Der Arbeiter muß sich wieder mit Interesse dem Liberalismus zuwenden, denn nur auf dem Boden des Fortschritts sind seine gerechten Forderungen durchzuführen. Der deutsche Arbeiter gehört dahin, wo der Fortschritt steht, ebenso kann der Fortschritt nur mit dem Arbeiter bestehen. Deshalb sei es das größte Gedechnis in der Partei, daß sich ein Reichsverband liberaler Arbeiter und Angestellten gebildet hat, der allüberall im Reich festen Fuß faßt. Möge der fortschrittliche Bebanke sich immer weiter verbreiten, zum Wohle des deutschen Vaterlandes. Die Grundlage für alle politische Arbeit ist das Vaterland, und es ist ein großes Verdienst des deutschen Volkes, daß er uns eine Reihe von glücklichen Friedensjahren geschenkt habe. In diesem Sinne brachte der Redner ein Hoch auf Kaiser und Vaterland aus.

Nach einigen musikalischen Vorträgen nahm der Vorsitzende des Reichsverbandes, Herr Tischendorf, das Wort. Seine Rede galt der Entschlossenheit des hiesigen Reichsverbandes. Der Liberalismus stand lange Zeit in Zerrissenheit da; das ist endlich anders geworden. Die Arbeiterschaft darf heute zum Liberalismus volles Vertrauen haben, denn er ist zum Sozialliberalismus geworden, der für die Entwidlung des Arbeiterlandes volles Verständnis hat. Einen großen Aufschwung in der Stimmzahl hat die Volkspartei bei der letzten Reichstagswahl genommen: 300 000 Stimmen Zuwachs! Darin stecken sicher viele tausend Stimmen von Arbeitern, die sich ihm neu zugewandt haben. Wir liberalen Arbeiter wollen keine Klassenpartei bilden. Bürgertum und Arbeiterschaft gehören zusammen. Wenn das Bürgertum sozial ist und die Arbeiterschaft verständig, d. h. wenn sie nicht übertriebene und überleibte Forderungen stellen — jedes Ding muß seine Grenze haben —, dann muß es vorwärts gehen. Dann ist für den Liberalismus das Morgenrot da, durch die Arbeiterschaft, die ihm verloren gegangen war. (Stürmischer Beifall.)

Darauf schloß er in anschaulicher Weise der württembergische Landtagsabgeordnete Arbeiterretreär Fischer aus

seiner Erfahrung Ergebnisse, die zeigen, wie immer mehr der Arbeiter sich dem Fortschritt zuneigt.

Um die Jugend zu beeinflussen, müssen wir uns vor allen Dingen besonders kümmern; wir müssen sie in ihrer Eigenart begreifen lernen, daß wir sie gewinnen, müssen ihr große berufliche Hebung ermöglichen. Die liberalen Arbeiter lassen sich ihre politische Hebung etwas kosten: an Zeit, Mühe und Geld, politischen Frens; das kann auf das liberale Bürgertum angedacht werden. (Beifall.)

Danach toastete Herr Schwertner-Lübendfeld auf die Frauen, die sich an liberaler Arbeit beteiligen und nicht teilnahmslos zur Seite stehen mögen. Sein Hoch galt den Frauen.

Es war Mitternacht vorüber, als die Kommersgesellschaft in Wagen, die die Straßenbahn tutant zur Verfügung gestellt hatte, in die Stadt zurückfuhr.

Sport-Nachrichten.

Vollspielspiele des Vereins für Volkswohl.

Gestern vormittag wurden auf dem „Sandanger“ die am großen Spielfeld vor 8 Tagen noch nicht erledigten zwei Konkurrenzen unter den Beteiligten ausgetragen. Das Ergebnis war folgendes:

So sprang über die Leine ohne Sprungbrett, jedoch unter großer Rücksichtnahme: 1. Schmidt vom Kaufmännischen Turnverein (führte nur Salto mortale aus) mit 1,80 Meter, 2. Kummer vom Allgemeinen Hallischen Turnverein mit 1,80 Meter, 3. Neuschel vom Fußballklub „Hohenzollern“ mit 1,75 Meter, 4. Henze vom Giebichsweiler Turnverein mit 1,70 Meter und 5. Schulze vom Allgemeinen Hallischen Turnverein mit 1,70 Meter.

Diskschwärze: 1. Bloß vom Kaufmännischen Turnverein mit 30,10 Meter, 2. Conrad von dem Allgemeinen Sportvereinigung, 3. Wieseler vom Allgemeinen Hallischen Turnverein, 4. Killeke vom Kaufmännischen Turnverein, 5. Neuschel vom Fußballklub „Hohenzollern“ und 6. Kummer vom Allgemeinen Hallischen Turnverein.

Die Kämpfer erhielten vom Spielfeuer Herrn Turnlehrer Freund unter anerkennenden Worten den Eichenzweig mit Schleiße, die beiden Ersten außer jeder Spielart außerdem eine Ehrenturne.

Der Allgemeinen Hallischen Sportvereinigung wurde für den besten Abschritt in der 400 Meter-Safette vor 8 Tagen der feinerzeit gestiftete Wanderpreis, ein maßlos silberner Eichenzweig, übergeben. Der Verein hat ihn im nächsten Jahre zu verteidigen; schneidet er wieder gut ab, so geht der Preis in sein Eigentum über.

Das Kölner Kennungslid.

Köln, 8. September.

Von den bei dem gestrigen Radrennen Verunglückten sind der Schrittmacher Guignards, Rawion und der Rennfahrer Scheuermann gestorben. Auch das Befinden des Schrittmachers Meinhold aus Steglitz ist ernst.

Reichheit unterwegs.

Wanne, 8. September.

Der Flieger Reichelt mit seinem Neffen Hänel als Passagier ist heute morgen 7 Uhr zur Weiterfahrt nach Paris aufgestiegen.

Der Johannisthal nach Paris ist am Sonntag um 1 Uhr 20 Min. nachmittags der Pilot Reichelt mit seinem Neffen Hänel als Passagier auf einem Darran-Einbender (100 PS-Motor) aufgestiegen.

Der Flieger Reichelt mit Passagier ist Sonntag abend 5 Uhr 45 Min. auf dem Flug Berlin-Paris in Wanne gelandet. Er ist über den Satz geflogen ohne Zwischenlandung. Der Flieger, der sich um die Nationalfluglinie bemüht, hofft innerhalb der vorgeschriebenen Zeit von 24 Stunden Paris zu erreichen.

Kombella Nach dem Rasieren eine Wohltat.
Tub. 20, 60, 100 Hg. in allen Apotheken, Drogerien, Parfümerien.
die nichtfettende Hautcreme

Norddeutsche Sternfahrt

31. August 1913

Sieger

in Klasse II Kluge (Brennabor),
Zweiter „ „ II Bossz (Apollo), beide auf

Excelsior

Pneumatic.

Beide Herren legten die Strecke mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von ca. 77 bezw. 74 Kilometern trotz der grossen Schnelligkeit ohne jeden Reifendefekt zurück!



Hannov. Gummiwerke „Excelsior“ A.-G., Hannover-Linden

